

Stand: 09.02.2026 11:57:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/12619

"Bestandsgarantie und weiterer Ausbau in der Asylsozialberatung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/12619 vom 19.07.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 81 vom 20.07.2016
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/15314 des SO vom 02.02.2017
4. Beschluss des Plenums 17/15469 vom 14.02.2017
5. Plenarprotokoll Nr. 96 vom 14.02.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Susann Biedefeld, Ruth Müller, Johanna Werner-Muggendorfer und Fraktion (SPD)**

Bestandsgarantie und weiterer Ausbau in der Asylsozialberatung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die flächendeckende Versorgung mit Angeboten der Asylsozialberatung in Kooperation mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege auf Landesverbandsebene zu gewährleisten.

Dabei wird ein Betreuungsschlüssel von 1:100 in den zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen und von 1:150 in Gemeinschaftsunterkünften und für dezentral in den Kommunen untergebrachte Asylbewerber angestrebt.

Die Staatsregierung wird darüber hinaus aufgefordert, für bereits genehmigte und besetzte Stellen in der Asylsozialberatung eine Fördergarantie für die Jahre 2017 und 2018 abzugeben. Wiederbesetzungen von förderfähigen Stunden werden genehmigt.

Weiter wird die Staatsregierung aufgefordert, die Rechnungsgrundlage, wonach lediglich von einer 80-prozentigen Belegung der Unterkünfte ausgegangen wird, in Kooperation mit dem Bayerischen Obersten Rechnungshof zu überprüfen und die tatsächliche Belegung als Grundlage heranzuziehen.

Auch wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Schaffung ausreichender Kapazitäten in der Migrationsberatung sowie in den Jugendmigrationsdiensten einzusetzen. Bis diese flächendeckend zur Verfügung stehen, soll die Zuständigkeit der Asylsozialberatung, wie dies nach der bis Ende 2015 gültigen Fassung der Asylsozialberatungs-Richtlinie möglich war, um eine Mitbetreuung dieses Personenkreises erweitert werden.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, in schriftlicher Form zu berichten, in welcher Höhe sie Mittel für die Asylsozialberatung in den Haushaltsentwurf für den Doppelhaushalt 2017/2018 einstellen wird und auf welcher Grundlage sie die Höhe der Mittel berechnet.

Begründung:

Nach Angaben der Staatsregierung ist der Zugang von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern seit mehreren Monaten rückläufig. Wurden im Januar 2016 noch fast 16.000 Menschen neu registriert, so waren es im Mai 2016 nur noch knapp 3.000.

Dieser Rückgang gibt allen Beteiligten die Chance, ihre Strukturen vom Notfall- in den Regelbetrieb zu überführen. Ob und in welchem Ausmaß ein erneuter Anstieg der Zugangszahlen zu erwarten ist, lässt sich derzeit nicht seriös prognostizieren. Fest steht jedoch, dass die Fehler der Vergangenheit, als Kapazitäten und Strukturen verfrüht abgebaut wurden, nicht wiederholt werden dürfen.

Die Staatsregierung ist daher aufgefordert, die derzeitige Konsolidierungsphase zu nutzen und das selbst gesetzte Ziel eines flächendeckenden Ausbaus der Asylsozialberatung konsequenter und engagierter anzugehen.

Im Bereich von Erstaufnahmeeinrichtungen sollen, laut der neugefassten Asylsozialberatungs-Richtlinie, von einer Vollzeitkraft 100 Asylbewerber betreut werden. Gemäß dem Beschluss des Bayerischen Landtags vom 15. Oktober 2014 betreffend „Besseren Betreuungsschlüssel in der Asylsozialarbeit gewährleisten“ (Drs. 17/3450), ist in Gemeinschaftsunterkünften und für dezentral in den Kommunen untergebrachte Asylbewerberinnen und Asylbewerbern ein Betreuungsschlüssel von 1:150 anzustreben. Diese Zielgröße findet sich ebenfalls in der neugefassten Asylsozialberatungs-Richtlinie wieder.

In ihrem Bericht vom 29. Juni 2016 zur Umsetzung des Beschlusses des Landtags vom 15. Oktober 2014 betreffend „Besseren Betreuungsschlüssel in der Asylsozialarbeit gewährleisten“ (Drs. 17/3450) gibt die Staatsregierung an, dass derzeit 110.000 durch die Asylsozialberatung zu betreuende Menschen in staatlichen Unterkünften untergebracht sind. Der Betreuungsschlüssel überschreitet mit einem Durchschnitt von 1:189 die vom Landtag beschlossenen Zielgrößen deutlich. Der Versorgungsgrad liegt bei lediglich 79,4 Prozent.

Die Staatsregierung ist somit dringend aufgefordert, in Partnerschaft mit den Wohlfahrtsverbänden weiterhin engagiert an der Erreichung des angestrebten Betreuungsschlüssels zu arbeiten.

Nach Aussage der Staatsregierung und Berichten aus der Praxis findet jedoch derzeit eine beunruhigende Fehlsteuerung statt, die dem selbst gesetzten Ziel eines flächendeckenden Ausbaus der Asylsozialbera-

tung entgegenläuft. Statt den weiteren Ausbau der Asylsozialberatung voranzubringen, werden sogar Wiederbesetzungen förderfähiger Stellen abgelehnt.

Da Träger, Beschäftigte und Kommunen Planungssicherheit benötigen, ist die Staatsregierung aufgefordert, eine Bestandsgarantie für bereits bestehende förderfähige Stellen in der Asylsozialberatung für die kommenden zwei Jahre abzugeben.

Während die Verantwortlichen in den Kommunen weiterhin nach Unterkunftskapazitäten suchen und nach wie vor Notunterkünfte genutzt werden, geht die Staatsregierung bei ihrer Bedarfsplanung für die Asylsozialberatung von einer Belegung der Unterkünfte zu lediglich 80 Prozent der vorhandenen Kapazität aus. Diese Praxis muss dringend überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Während der letzten Monate haben sich Ehrenamtliche auf beeindruckende Art und Weise für die Neuankommenden Asylbewerber und Flüchtlinge engagiert und dabei vielfach das Fehlen professioneller Beratungs- und Betreuungsstrukturen kompensiert. Eine Drosselung des Ausbaus der Asylsozialberatung ist mit dem durch die Staatsregierung kommunizierten

ehrlichen und anerkennenden Umgang mit den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern nicht vereinbar.

Auf Grund der angespannten Lage auf dem bayerischen Wohnungsmarkt verbleiben anerkannte Flüchtlinge vielfach als Fehlbeleger in den Anschlussunterbringungen. Die Zuständigkeit für deren Beratung liegt klar bei den Migrationsberatungsstellen des Bundes. Die Staatsregierung ist daher aufgefordert, sich auf Bundesebene für einen flächendeckenden Ausbau der Migrationsberatung und der Jugendmigrationsdienste einzusetzen. Bis dieser erreicht ist, sollen die Mitarbeiter der Asylsozialberatung auszugsberechtigte und auszugspflichtige Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften im gemäß der bis Ende 2015 gültigen Fassung der Asylsozialberatungs-Richtlinie vorgesehenen Ausmaß weiterberaten dürfen.

Zur Wahrnehmung des Haushaltsrechts ist es für die Abgeordneten des Landtags essentiell, dass die Staatsregierung die Berechnungsgrundlage offenlegt, an Hand derer sie den Finanzbedarf für die Förderung der Asylsozialberatung in den Haushaltjahren 2017 und 2018 kalkuliert.

(Unruhe)

Ich darf Sie noch einmal höflich bitten, die Plätze einzunehmen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir fahren mit der Abstimmung fort. Es geht um den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/12614. Wer dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich komme damit zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/12627. Dazu ist eine zweigeteilte Abstimmung über den ersten Absatz und über den zweiten Absatz beantragt worden.

Ich lasse jetzt über den ersten Absatz des Dringlichkeitsantrags der FREIEN WÄHLER abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Teil des Antrags abgelehnt.

Dann lasse ich über den zweiten Absatz dieses Antrags der FREIEN WÄHLER abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktion der CSU. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/12615 mit 17/12621 sowie 17/12628 und 17/12629 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkte 7 bis 9** gemeinsam auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Bestattungsgesetzes (Drs. 17/8884)

- Zweite Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD) zur Änderung des Bestattungsgesetzes Bekämpfung ausbeuterischer Kinderarbeit bei der Grabsteinherstellung (Drs. 17/10925)

- Zweite Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung Gesetz zur Bekämpfung ausbeuterischer Kinderarbeit bei der Grabsteinherstellung (Drs. 17/10903)

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt gemäß der Vereinbarung im Ältestenrat 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist Herr Kollege Mistol von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Jürgen Mistol (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Im April 2009 beschloss der Nürnberger Stadtrat, dass auf städtischen Friedhöfen nur noch Grabsteine aufgestellt werden dürfen, die in der gesamten Wertschöpfungskette nachweislich ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention Nr. 182 hergestellt wurden.

Was danach kam, ist hinlänglich bekannt. Dass die Mühlen der Politik mitunter furchtbar langsam mahlen, obwohl man sich in der Sache einig ist, zeigt sich an den vorliegenden Gesetzentwürfen sehr deutlich. Es brauchte nicht nur mehr als sieben Jahre, sondern auch zahlreiche Initiativen insbesondere der Opposition, von den GRÜNEN und der SPD. Beschlüsse des Landtags und Absichtserklärungen der Staatsregierung waren vorhanden, bis hier und heute endlich ein Verbot von Grabmalen vorgenommen wird, die durch Kinderarbeit entstanden sind.

Kolleginnen und Kollegen, am 12. Juni war der Welttag gegen Kinderarbeit. Nach Schätzungen von UNICEF, ILO und Weltbank sind aktuell 168 Millionen Kinder und Jugendliche zwischen 5 und 17 Jahren Kinderarbeiter. Mehr als die Hälfte davon leiden unter Arbeitsbedingungen, die gefährlich und ausbeuterisch sind. Dabei haben sich fast alle Staaten der Welt dazu verpflichtet, jegliche Form der Kinderarbeit bis 2025 vollständig abzuschaffen. Auch wenn Gesetze allein nicht ausreichen, um Kinderarbeit zu bekämpfen, sind sie doch wichtig und senden eine klare Botschaft aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und
Integration**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 17/12619

Bestandsgarantie und weiterer Ausbau in der Asylsozialberatung

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Angelika Weikert**
Mitberichterstatter: **Thomas Huber**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 57. Sitzung am 24. November 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 139. Sitzung am 2. Februar 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Susann Biedefeld, Ruth Müller, Johanna Werner-Muggendorfer und Fraktion (SPD)**

Drs. 17/12619, 17/15314

Bestandsgarantie und weiterer Ausbau in der Asylsozialberatung

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

**über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 - (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 - (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 - (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 - (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktionsplan für die Integration von Drittstaatsangehörigen; COM (2016) 377 final
BR-Drs. 380/16
Drs. 17/13384, 17/15322 (E) [X]

**Gemäß §§ 149 Abs. 2 und 126 Abs. 3 S. 2 BayLTGeschO:
Abweichendes Votum des endberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Gelebte Tradition: Bayerischen Amateurtheaterverband nachhaltig unterstützen Drs. 17/10868, 17/15268 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Harald Schwartz, Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Bayerisches Amateurtheater stärken
Drs. 17/13189, 17/15269 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Alle bayerischen Amateurtheater fördern!
Drs. 17/14078, 17/15270 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anliegen der Deutschen aus Russland in den bayerisch-russischen Beziehungen berücksichtigen: Einsatz für ein Sozialversicherungsabkommen!
Drs. 17/11717, 17/15321 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Metropolregion ernst nehmen – Ein Staatstheater für Augsburg
Drs. 17/12419, 17/15024 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst
Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Bestandsgarantie und weiterer Ausbau in der Asylsozialberatung
Drs. 17/12619, 17/15314 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sicherheitswacht abschaffen
Drs. 17/13078, 17/15141 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Peter Winter, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen für kleine
land- und forstwirtschaftliche Betriebe weiterentwickeln
Drs. 17/13223, 17/15287 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Gebühren bei Falschalarmeinsatz abschaffen
Drs. 17/13501, 17/15271 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Büssinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Situation der Kindertheater in Bayern
Drs. 17/13564, 17/15025 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Atomkonzerne nicht aus der finanziellen und moralischen
Verantwortung für den Atommüll entlassen
Drs. 17/13693, 17/15265 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Kommunale Innen- und Außenbeleuchtung gegen energieeffiziente Alternativen austauschen
Drs. 17/13790, 17/15039 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Auftragsvergabe für den 2. S-Bahn-Tunnel in München
vor erneuter Berechnung der Wirtschaftlichkeit
Drs. 17/13813, 17/15304 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u.a. und Fraktion (SPD)
Mittelschulen stärken – Weiterentwicklung zur Gemeinschaftsschule ermöglichen
Drs. 17/13819, 17/15297 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mittelschule stärken – Fokus auf Berufsorientierung
und beruflichen Anschluss richten!
Drs. 17/13828, 17/15296 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

17. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Einsatz von Videokonferenztechnik in gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen
Verfahren verstärken
Drs. 17/13878, 17/15295 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nachberatung anerkannter Flüchtlinge ermöglichen – Änderung der Förderrichtlinie für die Asylsozialberatung Drs. 17/13884, 17/15315 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Alexander Flierl, Michaela Kaniber u.a. CSU Bayerisches Sonderprogramm Landwirtschaft (BaySL) für kleinstrukturierte Milchviehbetriebe erweitern Drs. 17/13893, 17/15288 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Thorsten Schwab, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Rückgang der staatlichen Betriebsleitung und -ausführung im Kommunalwald verträglich gestalten Drs. 17/14047, 17/15289 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Dezentralen Hochwasserschutz stärken Drs. 17/14110, 17/15266 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Verfahren der Lehrereinstellung und des Versetzungsverfahrens transparent gestalten – jungen Lehrkräften Planungssicherheit geben!
Drs. 17/14155, 17/15153 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Steuerliche Absetzbarkeit von energetischen Gebäudesanierungen endlich beschließen
Drs. 17/14189, 17/15294 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Schwachstellen beim Digitalfunk beseitigen
Drs. 17/14192, 17/15272 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU Investitionsförderprogramme weiterentwickeln
Drs. 17/14425, 17/15290 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Angelika Schorer, Joachim Unterländer u.a. CSU
Gemeinschaftsverpflegung
Drs. 17/14457, 17/15291 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer u.a. CSU
Position der Deutschen aus Russland durch ein Sozialversicherungsabkommen jetzt stärken!
Drs. 17/14467, 17/15323 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>